

Welchen Einfluss üben politische Parteien auf Hochschulpolitik aus und warum sollte uns das interessieren?

Description

von Gastautor [Jens Jungblut \(Universität Oslo\)](#)

Hochschulpolitik ist spätestens seit dem Bologna-Prozess ein Politikfeld, in dem viel Bewegung ist und politische Restrukturierungsprozesse stattfinden. Welchen Einfluss üben aber die Ideologien der regierenden Parteien auf diese Entwicklungen aus? Hier sind noch viele Fragen offen, sie zu klären ist essentiell, damit politische Akteure und die Beteiligten ihre Einflussmöglichkeiten kennen und nutzen können.

Politische Parteien sind eine zentrale Institution jeder modernen Demokratie. Durch die Repräsentation unterschiedlicher Wählergruppen aggregieren sie Interessen, bieten politische Programme an und beeinflussen politische Inhalte, vor allem sobald sie in Regierungsverantwortung sind. Die Menge an politikwissenschaftlichen Studien, die den Einfluss der ideologischen Zusammensetzung einer Regierung auf die jeweilige Politik in unterschiedlichen Politikfeldern untersucht ist sehr umfangreich, jedoch werden nicht alle Politikfelder gleichermaßen abgedeckt. Eines der bisher eher spärlich untersuchten Felder ist Hochschulpolitik.

Nach der Öffnung der Hochschulen in den späten 1960er Jahren wurde Hochschulpolitik in Westeuropa zwar im Rahmen von Wohlfahrtsstaatspolitik debattiert. Wirklich an Bedeutung gewann dieses Politikfeld jedoch erst in den letzten 15 Jahren, vor allem im Zuge stärkerer internationaler Koordination (beispielsweise durch den Bologna-Prozess). Ein weiterer unterstützender Prozess hierbei war die Lissabon-Strategie der EU (sowie ihre Nachfolgerin die Europe 2020 Strategie), die das Ziel vorgab, dass Europa bis zum Jahr 2010 der dynamischste und wettbewerbsfähigste wissenschaftsgestützte Wirtschaftsraum der Welt werden sollte.

Seitdem wird Hochschulpolitik nicht nur in Verbindung mit sozialer Mobilität diskutiert, sondern immer öfter im Rahmen von Wirtschafts- und Innovationspolitik. Dies hat zur Folge, dass der über lange Zeit stabile soziale Pakt zwischen dem Hochschulsektor und der Gesellschaft in vielen Ländern nun neu verhandelt wird. Dabei verändern sich die Arrangements zwischen dem Staat und dem Hochschulsektor. Die Finanzierungsmodelle

und Aufgaben der Hochschulen werden angepasst. Andererseits erwarten Geld- und Gesetzgeber vom Hochschulsektor durch seine besondere Rolle für wissenschaftlichen Fortschritt und Innovation immer häufiger Problemlösungen für andere Politikbereiche und gesellschaftlich relevante Ergebnisse.^[1]

Wie sieht dieser neue Pakt zwischen dem Hochschulsektor und der Gesellschaft genau aus? Diese Frage wird zu großen Teilen im politischen Prozess bestimmt. Die Parteien, die mit unterschiedlichen Ideen untereinander um Stimmen und Mandate konkurrieren sind ein wichtiger Faktor hierbei. Die politischen Konflikte im Bereich der Hochschulpolitik sind umso stärker, da im Gegensatz zu primärer und sekundärer Bildung, also den Schulen, der Zugang zur Hochschule nicht mehr für die gesamte Bevölkerung offen steht. Damit besitzt Hochschulbildung stärkere redistributive Eigenschaften, sie wirkt sich auf die Umverteilung von Gütern und Ressourcen in einer Gesellschaft aus.

Die bisher existierenden politikwissenschaftlichen Studien zum Parteinfluss auf die Hochschulpolitik konzentrieren sich vor allem auf besagte redistributive Eigenschaften. Sie stellen Verbindungen zwischen der Positionierung von Regierungsparteien auf einer sozioökonomischen links-rechts Achse und Veränderungen im Bereich der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen her. Steigende Hochschulausgaben dienen hierbei als Indikator für einen ausgedehnteren Zugang zu Hochschulbildung. Dabei gibt es zwei, teilweise gegensätzliche, Erklärungsmuster die den Zusammenhang zwischen parteipolitischer Zusammensetzung der Regierung und Veränderungen in der Hochschulpolitik beschreiben. Zum einen wird in Anlehnung an Ergebnisse der Wohlfahrtsstaatsforschung argumentiert, dass eine Regierungsbeteiligung von Parteien links der Mitte mit generell höheren öffentlichen Ausgaben in Verbindung steht. Dies gilt auch für den Bereich der Hochschulen. Danach wird durch mehr öffentliche Ausgaben im Hochschulbereich ein erweiterter Zugang zu Hochschulen geschaffen. Der Wählerschaft der linken Parteien wird damit mehr soziale Mobilität ermöglicht bzw. linke Parteien sprechen durch die Förderung von Hochschulen die Bedürfnisse neuer Wählergruppen in der Mitte der Gesellschaft an.

Dem zweiten, gegensätzlichen Erklärungsmuster folgend kann man aber auch zu einem anderen Schluss kommen. Aufgrund der sozialen Selektivität des Hochschulzugangs nehmen Menschen aus bildungsfernen Schichten und mit niedrigem sozioökonomischen Status eher selten ein Studium auf. Daher ist es vor allem die Wählerschaft von Parteien rechts der Mitte, die ein Interesse an einer Erhöhung der

Öffentlichen Ausgaben für Hochschulen haben. Eine Regierungsbeteiligung dieser Parteien sollte daher zu einer Erhöhung der Ausgaben für Hochschulen führen.

Beide Erklärungsmuster haben gemeinsam, dass der Einfluss von Parteien auf die Hochschulpolitik in unterschiedlichen Ländern stark von dem Kontext des jeweiligen Landes abhängt. Wichtig sind hier unter anderem die Charakteristika des bisher bestehenden Hochschulsystems (vor allem die Partizipationsrate, also der Anteil derjenigen, die aus einem Altersjahrgang ein Studium aufnehmen), Rahmenbedingungen des jeweiligen Wirtschaftssystems oder frühere politische Entscheidungen, die zukünftige Entscheidungsoptionen einschränken. Diese Gegebenheiten beeinflussen die Handlungsmöglichkeiten der Regierungsparteien und begrenzen den Einfluss der ideologischen Ausrichtung der Partei auf die Regierungspolitik.

Trotz der verhältnismäßig geringen Anzahl an wissenschaftlichen Arbeiten im Bereich des Parteeinflusses auf die Hochschulpolitik scheint es hier also durchaus interessante Widersprüche zu geben. Gepaart mit dem bereits beschriebenen besonderen Charakter von Hochschulpolitik und den jüngsten Veränderungen hin zu mehr politischer Bedeutung bietet der Parteeinfluss auf die Hochschulpolitik viele offene Fragen. Aber auch für Politik und Gesellschaft liefern die Überlegungen zum Einfluss der ideologischen Zusammensetzung der Regierung auf die Ausgestaltung von Hochschulpolitik interessante Einblicke. Für Hochschulen und alle im Hochschulbetrieb Tätigen liefern die oben beschriebenen Gedanken Anhaltspunkte dafür, was im Falle eines möglichen Regierungswechsels zu erwarten ist, bzw. auf Basis welcher grundsätzlicher Abwägungen bestimmte Parteien ihre Hochschulpolitik gestalten. Gleichzeitig hilft die Analyse des Kontexts, in dem Parteien handeln und der Handlungsmöglichkeiten beeinflusst, die eigenen Forderungen an die Politik so zu gestalten, dass sie möglichst wenig in Konflikt geraten mit festgeschriebenen, schwer änderbaren Gegebenheiten und somit leichter umsetzbar sind. Darüber hinaus hilft die Aneignung von Wissen über die Abwägungen der politischen Parteien dabei, dass Hochschulen auch besser den neuen Anforderungen, beispielsweise im Bereich der gesellschaftlichen Relevanz, gerecht werden können.

Für politische Akteure ist die parteipolitischen Dimension von Hochschulpolitik ebenfalls von Nutzen. Sie liefert die Möglichkeit einer von Außen initiierten wissenschaftsbasierten Selbstreflektion, in deren Zuge die Parteien sich darüber bewusst werden, warum sie sich in hochschulpolitischen Positionen unterscheiden, aber

auch wie diese Unterschiede überbrückt werden könnten, zum Beispiel in Koalitionsgesprächen. Ein Vergleich der Parteipolitik zu Hochschulen in verschiedenen Ländern würden zusätzlich dabei helfen, neue Möglichkeiten der nationalen Problemlösung aufzuzeigen, in dem beispielsweise grundsätzliche institutionelle Gegebenheiten in Frage gestellt werden könnten.

Um jedoch eine angemessene Einschätzung des Einflusses von Parteien sowie der institutionellen Gegebenheiten überhaupt erst möglich zu machen bedarf es einiger neuer konzeptioneller Zugänge. Zum einen wäre eine Erweiterung der Indikatoren, die den Einfluss der parteipolitischen Ausrichtung der Regierung auf Hochschulpolitik in der sozioökonomischen Konfliktdimension erfassen nötig. Wenn man neben der Veränderung der öffentlichen Ausgaben im Hochschulbereich auch die privaten Ausgaben (z.B. in Form von Stundengebühren) sowie die Veränderungen im Hochschulzugang mit einbeziehen würde, wäre eine genauere Trennschärfe zwischen eher sozioökonomisch rechten Politiken, die die finanzielle Situation an den Hochschulen verbessern ohne neuen Studierenden den Zugang zu ermöglichen, und sozioökonomisch linken Politiken, die den Zugang zu Hochschulen erweitern, möglich. Dies könnten helfen die gegensätzlichen Ergebnisse einiger Studien miteinander zu vereinbaren und würde ein genaueres Bild der redistributiven Konflikte im Bereich der Hochschulpolitik liefern.

Darüber hinaus wäre eine Erweiterung des Analyserahmens, der sich bisher nur auf die sozioökonomischen Konflikte beschränkt, um eine wertorientierte Konfliktdimension, die den Einfluss des Staates auf die Steuerung des öffentlichen Sektors und den Umfang professioneller Autonomie im Hochschulbereich erfasst, sinnvoll. Hiermit könnten die Veränderungen die im Rahmen der Einführung neuer governance Arrangements und der Umsetzung von New Public Management Modellen an Hochschulen stattfinden auf potentielle parteipolitische Unterschiede hin untersucht werden. Abschließend sollte eine gezielte Analyse der Rolle von Parteien in der Hochschulpolitik auch die jeweils gegebenen Institutionen und deren Ausgestaltung in Betracht ziehen. Es ist beispielsweise zu erwarten, dass eine Partei links der Mitte in einem Hochschulsystem mit eher begrenztem Hochschulzugang andere politische Präferenzen und Regierungspolitiken in Bezug auf Hochschulpolitik zeigt, als eine linke Partei in einem Hochschulsystem mit einem sehr umfangreichen und offenem Hochschulzugang.

Verwendete Quellen

Ansell, B. W. (2010). *From the Ballot to the Blackboard : the Redistributive Political Economy of Education*. Cambridge, Cambridge University Press.

Boix, C. (1997). [Political Parties and the Supply Side of the Economy: The Provision of Physical and Human Capital in Advanced Economies, 1960-90](#). *American Journal of Political Science*, 41(3): 814-845.

Busemeyer, M. R. (2009). [Social democrats and the new partisan politics of public investment in education](#). *Journal of European Public Policy*, 16(1): 107-126.

Busemeyer, M. R., et al. (2013). [Who Owns Education? Cleavage Structures in the Partisan Competition over Educational Expansion](#). *West European Politics*, 36(3): 521-546.

Gornitzka, A. and P. Maassen (2011). University governance reforms, global scripts and the „Nordic Model“. Accounting for policy change? In: J. Schmid, K. Amos, J. Schrader and A. Thiel (eds.) *Welten der Bildung? Vergleichende Analysen von Bildungspolitik und Bildungssystemen*. Baden-Baden, Nomos: 149-177.

Gornitzka, A., et al. (2007). Europe of Knowledge: Search for a New Pact. In: P. Maassen and J. P. Olsen (eds.) [University Dynamics and European Integration](#). Dordrecht, Springer Netherlands: 181-214.

Jensen, C. (2011). [Capitalist Systems, Deindustrialization, and the Politics of Public Education](#). *Comparative Political Studies*, 44(4): 412-435.

Jungblut, J. (in review). Bringing political parties into the picture. A two-dimensional analytical framework for higher education policy. *Higher Education*.

Rauh, C., et al. (2011). [Political Parties and Higher Education Spending: Who Favours Redistribution?](#) *West European Politics*, 34(6): 1185-1206.

[1] Ein gutes Beispiel für entsprechende Angebote von Seiten der Wissenschaft ist dieser Blog.

Date Created

Dezember 18, 2013

Author

politikwissenschaft_h1c5yk